

# Ingrid Pahlmann

MdB

## Neues von Ihrer Abgeordneten

**Sehr geehrte Damen und Herren, liebe  
Freundinnen und Freunde aus dem  
Wahlkreis Gifhorn-Peine,**

“Ich weiß nicht, ob es besser wird, wenn es anders wird. Aber es muss anders werden, damit es besser wird.” \*

In jeder Begegnung mit Bürgerinnen und Bürgern wird mir gesagt, “So kann es doch nicht weitergehen”. Der Frust der Menschen über die Politik der Ampel ist groß, es muss sich etwas ändern.

Das haben wir auch bei unserer Veranstaltung in Alvesse gemerkt. Über 100 Landwirtinnen und Landwirte haben ihrem Ärger Luft gemacht. Es wurde deutlich, dass auch wir nicht alles richtig gemacht haben. Die derzeitige Situation ist allerdings nicht mehr hinzunehmen.

Als Opposition machen wir konstruktive Vorschläge und bringen Anträge in den Bundestag ein, die helfen würden. Die Ampelkoalition lässt sich allerdings lieber treiben und merkt nicht, dass der Eisberg immer näher kommt.

Diese und andere Themen finden Sie in meinem Newsletter. Bitte beachten Sie auch die Veranstaltungshinweise!



**Ich wünsche viel Spaß beim Lesen  
und freue mich auf Ihre  
Reaktionen!**

**Herzliche Grüße, Ihre und Eure**

A handwritten signature in black ink that reads "Ingrid Pahlmann". The signature is written in a cursive style.



# **Wirtschaftswende jetzt - Sofortprogramm für die deutsche Wirtschaft**

Die Weltwirtschaft wächst. Derweil trüben sich die Aussichten für die deutsche Volkswirtschaft im Jahr 2024 weiter stark ein. Schon im Jahr 2023 schrumpfte sie um 0,3 Prozent, das produzierende Gewerbe sogar um 1,5 Prozent. Zahlreiche Unternehmen verlagern Teile oder gar die gesamte Produktion aufgrund der hierzulande ungünstiger werdenden wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in das europäische oder außereuropäische Ausland. Die Ampel-Regierung hat Deutschland auf einen Pfad der Rezession, der Deindustrialisierung und des wirtschaftlichen Abstiegs geführt.

Deutschland braucht jetzt eine Wirtschaftswende. Wir sind ein starkes Land mit viel ökonomischer Substanz, tatkräftigen Arbeitnehmern und innovativen Unternehmen. Zur Entfaltung dieser Stärke muss die Bundesregierung die Rahmenbedingungen des Standorts Deutschland deutlich verbessern. Der Fraktionsvorsitzende Friedrich Merz MdB und der Erste Stellvertretende Vorsitzende Alexander Dobrindt MdB haben den Bundeskanzler in einem Brief aufgefordert, neben mittel- und langfristigen Maßnahmen zur Stärkung der strukturellen Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft jetzt ein Paket aus Sofortmaßnahmen auf den Weg zu bringen, um den Standort Deutschland zu sichern und zu stärken. Diese Vorschläge stellten wir mit einem Antrag zur Abstimmung im Bundestag und fordern die Koalitionsfraktionen dazu auf, sich diesem anzuschließen.

Unser Antrag zum Sofortprogramm umfasst 12 Punkte, darunter die steuerliche Begünstigung von Überstunden für Vollzeitbeschäftigte; die Einführung von strengeren Sanktionen für Bürgergeldbezieher, wenn die Arbeitsaufnahme verweigert wird; die vollständige Rücknahme der von der Bundesregierung geplanten Steuererhöhung für Landwirte; die ersten 2.000 Euro Arbeitseinkommen im Monat für Rentner steuerfrei zu stellen; sowie die dauerhafte Senkung der Stromsteuer auf das europäische Minimum (0,05 Cent/kWh) und die Halbierung der Netzentgelte.



# **Für eine echte Zeitenwende in der deutschen Außen- und Sicherheitspolitik**

Zwei Jahre ist es her, dass Russland am 24. Februar 2022 mit seinem brutalen Angriff auf die Ukraine den Krieg in katastrophalem Ausmaß zurück auf unseren Kontinent gebracht hat. Die Ukrainer kämpfen auch für unsere Werte, die liberale, regelbasierte Ordnung und somit für die Sicherheit ganz Europas.

Trotz dieser Bedrohungslage ist Deutschland von einem strategischen Paradigmenwechsel weit entfernt. Die vom Bundeskanzler in seiner Rede vom 27. Februar 2022 ausgerufene „Zeitenwende“ ist über das Stadium der Ankündigung nicht hinausgekommen. Die „Nationale Sicherheitsstrategie“ der Bundesregierung kratzt nur an der Oberfläche und zieht keine operativen Schlussfolgerungen für die deutsche Außen- und Sicherheitspolitik. Die Bundesregierung verschleppt notwendige strukturelle Anpassungen wie die Einrichtung eines „Nationalen Sicherheitsrates“. Ein Konzept für die staatliche Gesamtverteidigung, das auch den Zivil- sowie Bevölkerungsschutz berücksichtigt, sowie eine Gesetzgebung für den besseren Schutz kritischer Infrastrukturen, werden in Ressortstreitigkeiten verschleppt. Der Verteidigungshaushalt erfüllt nur kurzzeitig und mit Rechenricks das 2-Prozent-Ziel der NATO.

Die Zeit drängt. Die Bedrohungslage erfordert jetzt entschlossenes Handeln der Bundesregierung, national und in Europa. Noch zwei weitere Jahre Zeitenwende in Zeitlupe kann sich unsere Sicherheit nicht leisten. Deutschland muss verlässlich seinen sicherheitspolitischen Beitrag im europäischen und transatlantischen Bündnis leisten. In Europa muss Deutschland endlich gemeinsam mit Frankreich und Polen im Rahmen des „Weimarer Dreiecks“ Verantwortung übernehmen.

---

# Cannabislegalisierung stoppen



Gesundheitsschutz  
verbessern – Aufklärung,  
Prävention und Forschung  
stärken

In dieser Woche hat die Ampel-Koalition in abschließender zweiter und dritter Lesung die Legalisierung von Cannabis beschlossen. Cannabis soll künftig nicht mehr zu den verbotenen Substanzen nach dem Betäubungsmittelgesetz gehören, Besitz und Konsum bleiben unter bestimmten Bedingungen straffrei.

Die Cannabislegalisierung ist gesundheitspolitisch fatal und im höchsten Maße verantwortungslos. Mit dieser Einschätzung sind wir auf der Seite des überragenden Teils der Fachwelt. Unter anderem haben sich die führenden Verbände der Kinder- und Jugendmediziner, der Kinder- und Jugendpsychiater, die Bundesärztekammer, die Gewerkschaft der Polizei, der Bund Deutscher Kriminalbeamten, der Berufsverband der Lehrkräfte und Pädagogen sowie viele weitere Verbände mit dem eindringlichen Appell „Aus Verantwortung zu unserem Land - die geplante Cannabislegalisierung stoppen“ gegen das Gesetz ausgesprochen. Auch die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder lehnt die geplante Cannabislegalisierung einhellig und eindrücklich ab.

Die Gründe für die Ablehnung der geplanten Cannabislegalisierung sind vielfältig: Sie reichen von erheblichen Gesundheitsrisiken – insbesondere für die Entwicklung Jugendlicher und junger Erwachsener – über völlig irrealen Hoffnungen der Befürworter, den Schwarzmarkt austrocknen zu können. Hinzu kommen viele offene Fragen über Folgewirkungen eines legalen Cannabiskonsums im Straßenverkehr oder am Arbeitsplatz. Der Drogenpolitik der Ampel begegnen wir mit einer klaren Antwort: Nicht mit unseren Kindern!

Es hat sich etwas geändert in diesem Land. Die Bürgerinnen und Bürger sind unzufrieden. Mehr als 100 Landwirtinnen und Landwirte haben sich am 13.02.2024 in Alvesse ihren Frust von der Seele geredet. Klar geworden ist, dass auch früher nicht alles Gold war, was glänzte.

Die derzeitige Situation ist allerdings nicht mehr hinzunehmen. Mit fachlicher Unterstützung von Lena Düpont, Albert Stegemann und Christoph Plett konnten wir den Anwesenden unsere Standpunkte nahelegen.

Der Kritik haben wir uns gerne gestellt. Die EU hat sich bewegt. Was wir nun brauchen, ist Unterstützung für unsere Politik für eine starke deutsche Landwirtschaft. Dafür kämpfen wir gemeinsam.

## Fachgespräch Landwirtschaft in Alvesse



---

## Meine Redebeitrag zur Landwirtschaft



Die AfD hat in dieser Woche Schaufensteranträge zum Thema Landwirtschaft ins Plenum eingebracht. Was ich davon halte, sehen Sie in meinem Beitrag.

---

# Bezahlkarte jetzt einführen- Blockade beenden



Mit der Bezahlkarte sollen Barauszahlungen an Leistungsempfänger nach dem Asylbewerberleistungsgesetz eingeschränkt und dadurch Möglichkeiten zum Missbrauch der staatlichen Unterstützung – etwa in Form von Zahlungen an Schlepper oder Überweisungen ins Ausland – erschwert werden. Asylbewerber erhalten nicht weniger Leistungen, sondern diese nur in anderer Form. Zugleich können Bezahlkarten dazu beitragen, den Verwaltungsaufwand bei den Kommunen zu reduzieren. Damit werden die Kommunen entlastet und die damit zur Verfügung stehende Arbeitszeit kann anders eingesetzt werden.

Ende Januar hat die Arbeitsgruppe der Länder einen wichtigen Schritt in Richtung einer bundesweiten Einführung einer Bezahlkarte genommen und gemeinsame Rahmenbedingungen beschlossen. Damit die Bezahlkarte bundesweit volle Wirkung entfalten kann, braucht es Änderungen des Asylbewerberleistungsgesetzes. Doch wieder einmal streitet die Ampel über die nötigen nächsten Schritte. Die Grünen haben erklärt, keiner Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes zustimmen zu wollen. Das führt dazu, dass das Vorhaben im Streit der Ampel feststeckt.

Die Grünen müssen ihre ideologisch motivierte Blockade sofort beenden. Dies haben wir in einer „Aktuellen Stunde“ eingefordert. Es ist unverantwortlich, dass die Grünen diese Gesetzesänderung nun blockieren – entgegen den Verabredungen in der eigenen Koalition. Wir fordern den Bundeskanzler dazu auf, endlich für Ordnung in seiner eigenen Koalition zu sorgen und diese wichtige Maßnahme zur Begrenzung der irregulären Migration endlich auf den Weg zu bringen.

---

# Veranstaltungshinweise:

Am **Freitag, 01.03.2024 ab 17.30 Uhr** finden Sie mich beim Jubiläumsempfang "50 Jahre Einheitsgemeinde Wittingen" in der Stadthalle Wittingen und am **Donnerstag, 07.03.2024 ab 17.00 Uhr** beim Agrarpolitischen Dialog des Landvolk Braunschweig in Braunschweig im Ortsteil Rünigen.

## **Weiterhin möchte ich auf das Infomobil des Deutschen Bundestages hinweisen:**

Vom **11. März bis zum 13. März 2024** steht das Infomobil auf dem Schillerplatz in Gifhorn.

**Am Montag von 11.00 bis 18.00 Uhr,  
am Dienstag von 09.00 bis 18.00 Uhr,  
am Mittwoch von 09.00 bis 14.00 Uhr.**

An diesen Tagen haben Sie die Gelegenheit sich über Aufgaben und Arbeitsweise des Parlaments zu informieren. Mich treffen Sie aufgrund der Sitzungswoche am Montag zur Mittagszeit am Infomobil an.

Das Team des Infomobils und auch ich freuen sich über Ihr Interesse und Ihren Besuch!

**Weitere Informationen zum Infomobil erhalten Sie hier!**

---

## Impressum & Kontakt

Wahlkreisbüro Gifhorn  
Steinweg 5  
38518 Gifhorn

ingrid.pahlmann.ma04@bundestag.de

Ingrid Pahlmann, MdB  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel: 030 227 72341

ingrid.pahlmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Peine  
Freiligrathstraße 4  
31224 Peine

ingrid.pahlmann.ma05@bundestag.de